

Berchtesgadener Anzeiger



UNFALL

**33-jähriger Mann
in Auto eingeklemmt**

Seite 4



UNTERWEGS

**Buttnmandllauf
am 1. Adventssonntag**

Seite 5



UNSCHLAGBAR

**EVB holt sich
den zweiten Saisonsieg**

Seite 15

Nr. 277/Jahrgang 140

Dienstag, den 30. November 2021

Einzelpreis 1,10 Euro

D-83471 Berchtesgaden, Dr.-Imhof-Straße 9 • Tel. 08652/95 84-0, Fax 08652/95 84-19 • www.berchtesgadener-anzeiger.de

Corona-Maßnahmen sollen verschärft werden

Bundeswehr-General als Leiter des Krisenstabs – Krankenhäuser auf dem Weg zu »Katastrophen-Medizin«

Berlin (dpa) – Die Krankenhäuser wappnen sich für immer mehr Schwerkranke. Die Corona-Infektionszahlen steigen und steigen – und damit der Handlungsdruck. Dazu kommt noch die neue Virusvariante. Viel Stoff für neue Beratungen von Bund und Ländern.

Angesichts der drohenden Überlastung der Kliniken und der Ausbreitung der neuen Omikron-Variante rücken schnelle neue Corona-Beschränkungen in Deutschland näher. Am heutigen Dienstag wollen die geschäftsführende Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr designierter Nachfolger Olaf Scholz (SPD) mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder über die Krise beraten. Die Politik erwartet unmittelbar zuvor Hinweise über ihren Handlungsspielraum vom Bundesverfassungsgericht. Die Richter wollen Entscheidungen zu Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen unter der Corona-Bundesnotbremse vom Frühjahr verkünden. Zugleich steht ein neuer Krisenstab zur Beschleunigung des Booster- und Impfprogramms im Kanzleramt in den Startlöchern.

Deutschlands Krankenhäuser bereiten sich unterdessen auf dramatische Zustände vor. »Wir laufen langsam, aber sicher in eine

Art Katastrophen-Medizin hinein«, sagte der Vorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, im Deutschlandfunk. Schon jetzt würden Intensivpatienten früher »als medizinisch vertretbar« auf Normalstationen verlegt. Gaß rechnet mit Hunderten Patientenverlegungen im Inland, aber womöglich auch ins Ausland. »Egal, was wir jetzt machen an Lockdown – in den nächsten zehn, zwölf Tagen werden weitere Tausende von Patienten in die Krankenhäuser kommen und auch auf die Intensivstationen.«

Zum Wochenstart gab es laut Robert-Koch-Institut (RKI) 452,4 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner und sieben Tage sowie 29 364 neue Fälle binnen eines Tages. 73 Todesfälle wurden verzeichnet. 72 000 Corona-Fälle wurden in der Woche vom 15. November bei Schülerinnen und Schülern bekannt – 30 000 mehr als in der Woche davor. Am Montag waren 4600 Covid-19-Patienten in Intensivbe-



Mit Hunderten Verlegungen von Patienten im Inland und sogar ins Ausland rechnet der Vorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß.

handlungen, 140 mehr als am Vortag. In mehreren Bundesländern gibt es inzwischen Omikron-Verdachtsfälle – etwa in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern.

Wegen Terminstaus bei den Corona-Impfungen soll ein Krisenstab unter Führung eines Generals die Booster- und weiteren Corona-Impfungen in Deutschland beschleunigen. Er soll »baldmöglichst« starten, wie Regierungs-

sprecher Steffen Seibert sagte. Als Chef des Gremiums ist laut »Süddeutscher Zeitung« Generalmajor Carsten Breuer im Gespräch. Der 56-Jährige führt das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr.

Aus Sicht der Gesundheitsminister der Länder sollen für mehr Tempo bei den Impfungen künftig auch Apotheken und Zahnärzte mit einbezogen werden. Laut einem einstimmigen Beschluss der Länder könnte

dies über eine zeitlich befristete Ausnahmegenehmigung ermöglicht werden. Bei den Impfungen für Kinder forderten die Länder die EU-Kommission auf, den Impfstoff schneller zur Verfügung zu stellen als wie geplant am 20. Dezember.

Nach den Worten des SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach will die geplante Ampel-Koalition die Corona-Maßnahmen kurzfristig verschärfen. Es werde »noch in dieser Woche« entspre-

chende Vorschläge geben, kündigte Lauterbach im Fernsehsender Phoenix an.

Auf dem Tisch liegen mehrere denkbare Optionen: Schnell zu bewerkstelligen wäre, dass der Bundestag die erst am 25. November ausgelaufene »epidemische Lage von nationaler Tragweite« doch wieder feststellt – mit einem einfachen Beschluss. Damit gäbe es auf einen Schlag eine Rechtsbasis für alle bisherigen Kriseninstrumente. Dies könnte bei der nächsten regulären Sitzungswoche ab 6. Dezember oder bei einer früheren Sondersitzung geschehen.

Rasch weitergehende Vorgaben festzurren könnte auch eine Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bund. Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), Nordrhein-Westfalens Regierungschef Hendrik Wüst (CDU), forderte zügige, bundeseinheitliche Schutzmaßnahmen. »Wir können nicht warten, bis ein neuer Kanzler gewählt wird«, sagte er in Düsseldorf. »Daher braucht es diese Abstimmung in den nächsten Tagen.« Bisher ist eine weitere MPK erst am 9. Dezember geplant. (Lesen Sie dazu auch unseren Kommentar)

Im zweiten Anlauf erste Ministerpräsidentin

Sozialdemokratin Magdalena Andersson erneut zur schwedischen Regierungschefin gewählt

Stockholm (dpa) – Die bisherige Finanzministerin Magdalena Andersson wird nach turbulenten Tagen doch noch erste Ministerpräsidentin von Schweden. Fünf Tage nach einem ersten erfolgreichen Parlamentsvotum mit anschließendem Turbo-Rücktritt erhielt die Sozialdemokratin erneut die nötige Unterstützung im Reichstag in Stockholm.

Bereits am heutigen Dienstag will die 54-Jährige eine Regierungserklärung abgeben und ihre rein sozialdemokratische Minderheitsregierung vorstellen. Wohl noch am selben Tag wird das neue Kabinett bei



Fünf Tage nach ihrer Wahl zur ersten Ministerpräsidentin von Schweden mit anschließendem Turbo-Rücktritt ist Magdalena Andersson zum zweiten Mal vom Parlament zur Ministerpräsidentin gewählt worden.

König Carl XVI. Gustaf vorstellen. Dann wird Andersson als erste Frau schwedische Regierungs-

chefin sein – nach 33 Männern auf diesem Posten vor ihr. »Es ist klar, dass es eine große Sache ist, Gegenstand einer Ministerpräsidentenabstimmung zu sein«, sagte Andersson nach ihrer Wahl. »Das fühlte sich am Mittwoch ziemlich groß an, und das fühlte sich auch heute ziemlich groß an.«

Andersson war am Mittwoch erstmals vom Reichstag gewählt worden. Rund sieben Stunden später trat sie aber schon wieder zurück. Der Auslöser: Die Grünen kündigten nach einer Haushaltsabstimmung am Nachmittag an, die Regierung mit den Sozialdemokraten zu verlassen. Parla-

mentspräsident Andreas Norlén nominierte am Donnerstag Andersson ein weiteres Mal.

Beim Votum am Montag reichte Andersson erneut, dass sich keine Mehrheit gegen sie aussprach. Wie am Mittwoch klappte das nur knapp: Ihre Sozialdemokraten stimmten ebenso für sie wie eine Parteilose, während sich neben der Zentrumsparterie und den Linken auch die Grünen enthielten. Die restliche Opposition votierte mit Ausnahme einer liberalen Abgeordneten gegen sie, womit es 173 Nein-Stimmen gab – 175 wären nötig gewesen, um die Wahl zu verhindern.

Grüne wählen auf virtuellem Parteitag

Berlin (dpa) – Die Grünen wählen ihre neue Führung auf einem virtuellen Parteitag am 28. und 29. Januar. »Angesichts der dramatischen Pandemie-Situation hat der Bundesvorstand heute entschieden, dass die Konferenz digital stattfinden wird«, sagte Bundesgeschäftsführer Michael Keller am Montag. »So schade es ist, dass wir die Wahl von Bundesvorstand und Parteirat nicht persönlich und vor Ort machen können: Das digitale Format hat sich bewährt.«

Die Grünen wählen auf dem Parteitag unter anderem eine neue Doppelspitze. Da die derzeitigen Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck in den Bundestag gewählt worden sind und Regierungsämter übernehmen, müssen sie ihre Parteiämter aufgeben. Das schreibt die Parteisatzung so vor.

Wer ihnen nachfolgen wird, ist noch unklar. Als Favoriten auf die Posten werden der Außenpolitiker Omid Nouripour und die stellvertretende Parteivorsitzende Ricarda Lang gehandelt.

Kurzmeldungen aus dem In- und Ausland

Eine Entschädigung von einer Million Euro, die einst Helmut Kohl zugesprochen worden ist, fällt nicht an die Witwe des Altkanzlers. Ein solcher Anspruch sei grundsätzlich nicht vererbbar,

entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am Montag und bestätigte damit ein Urteil des Kölner Oberlandesgerichts von 2018. Es ist damit rechtskräftig. Möglich bleibt nun nur noch eine Verfassungsbeschwerde.

Die Regierung im zentralafrikanischen Tschad hat eine Generalamnestie für

Mitglieder von bewaffneten Rebellengruppen gewährt, die aufgrund von Militanz oder Verletzung der Integrität des Staates verurteilt wurden. Die Amnestie betreffe knapp 300 inhaftierte oder im Exil befindliche Rebellen, sagte Kommunikationsminister Abderamane Koulamallah am Montag.

Der Gesetzesbeschluss solle in den kommenden Tagen vom Nationalen Übergangsrat geprüft und verabschiedet werden.

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie hat Chinas Staats- und Parteichef dem afrikanischen Kontinent eine Milliarde Impfdosen in Aussicht gestellt. In einer

Rede per Video auf dem China-Afrika-Kooperationsforum (Focac) in Dakar in Senegal sagte Xi Jinping am Montag, 600 Millionen Impfdosen wolle China kostenlos zur Verfügung stellen. Weitere 400 Millionen sollten Unternehmen beider Seiten gemeinsam produzieren.